

PRÜFUNGSRICHTLINIEN GEMEINSCHAFTSGESCHMACKSMUSTER

1. EINFÜHRUNG
2. ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE
3. EINGANG DER ANMELDUNG
4. ZUERKENNUNG EINES ANMELDETAGES
5. EINTRAGUNGSHINDERNISSE
6. ANGABE DER ERZEUGNISSE
7. KLASSIFIZIERUNG
8. SAMMELANMELDUNG
9. BESCHREIBUNG
10. PRIORITÄT
11. FORMERFORDERNISSE DER ANMELDUNG
12. ZAHLUNG
13. RÜCKNAHME UND BERICHTIGUNGEN
14. EINTRAGUNG
15. AUFSCHIEBUNG DER BEKANNTMACHUNG
16. BEKANNTMACHUNG
17. EINTRAGUNGSURKUNDE

1) EINFÜHRUNG

1.1. Zweck der Richtlinien (Art. 107 GGV)

Mit diesen Richtlinien soll erläutert werden, wie die Vorschriften der Verordnung über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster¹ (GGV), der Durchführungsverordnung² (GGDV) und der Gebührenverordnung³ (GGGebV) vom Eingang einer Anmeldung eines eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmusters bis zu seiner Eintragung und Bekanntmachung in der Praxis vom Amt umgesetzt werden. Die Richtlinien sollen und können nicht über den rechtlichen Inhalt der Verordnungen hinausgehen oder diesen einschränken. Die Richtlinien unterstützen die Prüfer bei der kohärenten Anwendung der Verordnungen auf das Prüfungsverfahren, jedoch kann man nicht erwarten, dass sie sämtliche möglichen Situationen abdecken. Das Amt und die Nutzer des Systems sind sich darin einig, dass für alle Betroffenen ein Lernprozess stattfinden wird. Diese Richtlinien werden gegebenenfalls angepasst werden, um die Ergebnisse dieses Lernprozesses zu reflektieren.

¹ Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster

² Verordnung (EG) Nr. 2245/2002 der Kommission vom 21. Oktober 2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster

³ Verordnung (EG) Nr. 2246/2002 der Kommission vom 16. Dezember 2002 über die an das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) zu entrichtenden Gebühren für die Eintragung von Gemeinschaftsgeschmacksmustern

1.2. Aufbau der Richtlinien

Der Aufbau dieser Richtlinien folgt dem Ablauf des Prüfungsprozesses, wobei jeder Abschnitt und Unterabschnitt einen Schritt des Eintragungsverfahrens vom Eingang der Anmeldung bis zu ihrer Eintragung und Bekanntmachung darstellt. Die Allgemeinen Grundsätze (siehe unten) sind während des gesamten Prüfungsprozesses zu berücksichtigen.

2) ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

2.1. Einheitlichkeit (Art. 1 Abs. 3, Art. 32 Abs. 1 GGV)

Das durch die GGV geschaffene System soll dem Inhaber einen einheitlichen Schutz mit einheitlicher Wirkung für das gesamte Gebiet der Gemeinschaft gewähren. Das Gemeinschaftsgeschmacksmuster darf nur für die gesamte Gemeinschaft eingetragen oder übertragen werden. Lizenzen können jedoch auch für einen Teil der Gemeinschaft erteilt werden.

2.2. Eintragung (Art. 2 und 72 GGV)

Für das eingetragene Gemeinschaftsgeschmacksmuster muss ein Register angelegt und geführt werden, in dem die Angaben zu den Eintragungen vermerkt werden. Dem Amt wird die Durchführung der Eintragung eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters und die Führung des Registers übertragen. Das Amt ist nicht für nicht eingetragene Gemeinschaftsgeschmacksmuster zuständig.

2.3. Prüfer (Art. 103 GGV)

Ein Prüfer hat namens des Amtes Entscheidungen in Bezug auf Anmeldungen von eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmustern zu treffen.

2.4. Umfang der Prüfung (Art. 47 GGV)

Das Eintragungsverfahren umfasst keine materiellrechtliche Prüfung der Schutzvoraussetzungen, wodurch die Belastung der Anmelder durch Verfahrensvorschriften auf ein Minimum beschränkt bleibt. Es gibt jedoch zwei materiellrechtliche Gründe für die Zurückweisung einer Anmeldung:

- (a) Der Gegenstand der Anmeldung entspricht nicht der Begriffsbestimmung eines Geschmacksmusters gemäß Artikel 3 Buchstabe a GGV; oder
- (b) das Geschmacksmuster verstößt gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten.

Liegt einer dieser beiden Gründe vor, unterrichtet der Prüfer den Anmelder hierüber im Prüfungsbericht. Der Anmelder erhält die Gelegenheit, die Anmeldung zurückzunehmen oder zu ändern (siehe Abschnitt 5.3) oder eine Stellungnahme einzureichen, bevor der Prüfer eine Entscheidung trifft. Die Bedeutung der Begriffe „Geschmacksmuster“ und „öffentliche Ordnung“ oder „gute Sitten“ wird in Abschnitt 5 weiter unten erläutert.

2.5. Benutzerfreundlichkeit (Erwägungsgrund 24 GGV)

Der Prüfer hat zu berücksichtigen, dass eines der grundlegenden Ziele der GGV darin besteht, dass die Eintragung von Gemeinschaftsgeschmacksmustern für die Anmelder mit den geringst möglichen Kosten und Schwierigkeiten verbunden sein sollte, damit sie sowohl für kleine und mittlere Unternehmen als auch für einzelne Entwerfer leicht zugänglich ist.

2.6. Fristen (Art. 57 GGDV)

Die in der GGV, der GGDV und der GGGeV dargelegten allgemeinen Bestimmungen für die Berechnung von Fristen werden in diesen Richtlinien näher bestimmt. Eine Fristverlängerung ist zulässig, wenn vor Ablauf der ursprünglichen Frist vom Anmelder ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt und begründet wird. Zusätzliche Fristverlängerungen werden nur in Ausnahmefällen gewährt.

2.7. Entscheidungen (Art. 62 GGV; Art. 38 GGDV)

In sämtlichen Fällen, in denen die Entscheidung des Prüfers für den Anmelder negativ ausfällt, ist diese mit Gründen zu versehen. Eine derartige Entscheidung wird mittels eines Standardschreibens, dessen Wortlaut auf den jeweiligen Einzelfall abzustimmen ist, mitgeteilt. In diesem Schreiben wird auf die entsprechenden Bestimmungen der Verordnungen verwiesen und eine Erläuterung zu dem Grund/den Gründen für die Entscheidung gegeben.

2.8. Beschwerde (Art. 55 GGV)

Anmelder haben das Recht, jede für sie negative Entscheidung mit einer Beschwerde anzufechten. Eine Entscheidung, die ein Verfahren gegenüber einem Beteiligten nicht abschließt, ist nur zusammen mit der Endentscheidung anfechtbar, sofern nicht in der Entscheidung die gesonderte Beschwerde zugelassen ist. Jede schriftliche Mitteilung einer derartigen Entscheidung enthält einen Hinweis darauf, dass die Entscheidung innerhalb von zwei Monaten nach dem Eingang der Mitteilung über die Entscheidung angefochten werden kann. Beschwerden haben aufschiebende Wirkung. Innerhalb des Zeitraums, in dem eine Beschwerde erhoben werden kann, unternehmen die Prüfer keinerlei Schritte, die nicht problemlos rückgängig gemacht werden können (z. B. Bekanntmachung). Die Vorbereitungen für derartige Schritte sollten jedoch sehr wohl erfolgen. Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Monaten schriftlich beim Amt einzulegen.

3) EINGANG DER ANMELDUNG

3.1. Eingangstag und Aktenzeichen (Art. 35 GGV; Art. 7 Absätze 1) und 3) GGDV)

Anmeldungen können direkt beim Amt oder bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines Mitgliedstaats eingereicht werden, wobei die zuständige Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz für Belgien, die Niederlande und Luxemburg das Benelux-Musteramt ist. In jedem Fall werden auf den Unterlagen, aus denen die Anmeldung besteht, der Eingangstag und das Aktenzeichen der Anmeldung vermerkt.

3.2. Ausstellung einer Empfangsbescheinigung (Art. 7 GGDV)

Der Prüfer erlässt unverzüglich eine Mitteilung mit einer Empfangsbescheinigung. In der Empfangsbescheinigung sind mindestens das Aktenzeichen, die Wiedergabe, die Beschreibung oder sonstige Identifizierung des Geschmacksmusters (bzw. des ersten Geschmacksmusters im Falle einer Sammelanmeldung), die Art und Anzahl der Unterlagen und der Tag ihres Eingangs anzugeben, sowie - im Falle einer Sammelanmeldung - die Anzahl der angemeldeten Geschmacksmuster. Ist die Anmeldung mängelfrei, kann in der Mitteilung angegeben sein, dass das Gemeinschaftsgeschmacksmuster zur Eintragung angenommen wurde.

Wurde die Anmeldung über eine Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines Mitgliedstaats einschließlich des Benelux-Musteramts eingereicht, wird in der Mitteilung der Tag des Eingangs beim Amt angegeben.

Wenn die Anmeldung mangelbehaftet ist, führt der Prüfer sämtliche Mängel in einem „Prüfungsbericht“ auf, der der Mitteilung beigelegt sein kann.

Die Empfangsbescheinigung unterrichtet den Anmelder somit über den Eingang der Anmeldung, und ggf. gleichzeitig über die zu behebenden Mängel und über die fehlenden Unterlagen, die nachzureichen sind, damit die Anmeldung zur Eintragung zugelassen werden kann.

Durch die Kombination der Empfangsbescheinigung mit dem Prüfungsbericht wird der Schriftwechsel zwischen dem Amt und dem Anmelder (oder seinem Vertreter) minimiert und das Eintragungsverfahren vereinfacht.

4) ZUERKENNUNG EINES ANMELDETAGES

4.1. Mindestanforderungen (Art. 36 Abs. 1, Art. 38 GGV; Art. 10 Abs. 1 GGDV)

Um einer Anmeldung eines eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmusters einen Anmeldetag zuerkennen zu können, kontrolliert der Prüfer, ob die Anmeldung mindestens Folgendes enthält:

- (a) einen Antrag auf Eintragung eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters und
- (b) Angaben, die es erlauben, die Identität des Anmelders festzustellen, und
- (c) eine zur Reproduktion geeignete Wiedergabe des Geschmacksmusters (oder, im Falle eines zweidimensionalen Musters, dessen Bekanntmachung aufgeschoben wird, eine Probe).

Die Entrichtung von Gebühren ist keine Voraussetzung für die Zuerkennung eines Anmeldetages (siehe Abschnitt 12).

4.2. Antrag auf Eintragung (Art. 36 Abs. 1 Buchstabe a, Art. 38 Abs. 2 GGV)

Hinsichtlich des Antrags auf Eintragung ist die in Abschnitt 4.1 Buchstabe (a) genannte Voraussetzung für die Zuerkennung eines Anmeldetages erfüllt, wenn der Anmelder das vom Amt ausgestellte Anmeldeformular (zumindest teilweise) ausgefüllt hat. Es steht dem Anmelder jedoch frei, ein eigenes Formular zu verwenden.

Wenn offensichtlich ist, dass es sich bei den vom Anmelder eingereichten Unterlagen nicht um die Anmeldung auf Eintragung eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters handelt, sondern um eine

Gemeinschaftsmarkenmeldung, leitet der Prüfer die Unterlagen an die zuständige Abteilung des Amtes weiter und das Amt informiert den Anmelder unverzüglich.

4.3. Identifizierung des Anmelders (Art. 36 Abs. 1 Buchstabe b GGV)

Die in Abschnitt 4.1 Buchstabe (a) genannte Voraussetzung für die Zuerkennung eines Anmeldetages bedeutet nicht, dass die Angaben zur Identität des Anmelders sämtliche in Abschnitt 11.1 aufgeführten Einzelheiten enthalten müssen. Aus den Angaben muss jedoch eindeutig hervorgehen, wer der Anmelder ist, d. h. natürliche Personen müssen zumindest ihren Familiennamen und ihre(n) Vornamen angeben; juristische Personen müssen ihre übliche Bezeichnung angeben.

4.4. Wiedergabe des Geschmacksmusters (Art. 36 Abs. 1 Buchstabe c GGV; Art. 4 und 66 GGDV)

Da die Wiedergabe zur genauen Bestimmung der Merkmale des Geschmacksmusters, für die Schutz beansprucht wird, dient, ist es von äußerster Wichtigkeit, dass diese Wiedergabe eindeutig und vollständig ist und dass der Prüfer im Zusammenhang mit dem Geschmacksmuster in keiner Weise auf Mutmaßungen angewiesen ist.

Akzeptiert werden Zeichnungen, Fotografien (ausgenommen Diapositive), Computergrafiken oder sonstige grafische Darstellungen, sofern diese zur Reproduktion geeignet sind.

Für den Zweck der Zuerkennung eines Anmeldetages wird eine Wiedergabe als zur Reproduktion geeignet betrachtet, wenn sie folgende Anforderungen erfüllt:

- (a) Wird die Anmeldung elektronisch eingereicht, dann muss sie die Erfordernisse erfüllen, die in der Entscheidung des Präsidenten des Amtes EX-03-5 vom 25. Juni 2003 genannt sind.
- (b) Das Geschmacksmuster ist auf neutralem Hintergrund darzustellen und darf nicht mit Tinte oder Korrekturflüssigkeit retuschiert werden. Die Darstellung muss von einer Qualität sein, die alle Einzelheiten, für die Schutz beansprucht wird, klar erkennen lässt und die Verkleinerung oder Vergrößerung auf das Format von höchstens 8 cm mal 16 cm je Ansicht für die Eintragung in das Register und die direkte Bekanntmachung im Blatt für Gemeinschaftsgeschmacksmuster gemäß Artikel 73 der Verordnung (EG) Nr. 6/2002 zulässt.

Ein Hintergrund wird als neutral betrachtet, solange das Geschmacksmuster auf ihm deutlich erkennbar ist.

Das Amt akzeptiert alle Wiedergaben von Geschmacksmustern, die den Formerfordernissen von Artikel 4 GGDV entsprechen. Der Anmelder hat dafür Sorge zu tragen, dass die Darstellung des Geschmacksmusters von einer Qualität ist, die alle Einzelheiten, für die Schutz beansprucht wird, klar erkennen lässt.

4.5. Probe (Art. 36 Abs. 1 Buchstabe c GGV; Art. 5 Abs. 1 und 3, Art. 65 Abs. 2 GGDV)

Die grafische oder fotografische Darstellung des Geschmacksmusters kann durch eine Probe des Geschmacksmusters ersetzt werden, sofern

- (a) sich die Anmeldung auf ein zweidimensionales Geschmacksmuster bezieht und
- (b) die Anmeldung einen Antrag auf Aufschiebung der Bekanntmachung enthält.

Nur wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, ist eine Probe zulässig. Im Falle einer Sammelanmeldung kann die Wiedergabe auch nur für einige der Geschmacksmuster durch eine Probe ersetzt werden, sofern diese Geschmacksmuster zweidimensional sind und für sie ein Antrag auf Aufschiebung der Bekanntmachung gestellt wurde.

Die (Sammel-)anmeldung und die Probe(n) sind dem Amt in einer einzigen Sendung per Post oder durch persönliche Abgabe zu übermitteln. Ein Anmeldetag wird erst zuerkannt, wenn sowohl die Anmeldung als auch die Probe(n) beim Amt eingegangen sind.

Die für Proben geltenden Formerfordernisse werden in Abschnitt 11.7 dargelegt.

4.6. Umgang mit Mängeln (Art. 38 Abs. 2, Art. 46 Abs. 2 GGV; Art. 10 Abs. 1 und 2, Art. 66 GGDV)

4.6.1. Übermittlung der Anmeldung durch eine nationale oder regionale Behörde an das Amt

Wenn die Anmeldung bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines Mitgliedstaats oder beim Benelux-Musteramt eingereicht wird, ist der Anmeldetag der Tag, an dem die Anmeldung bei der Zentralbehörde bzw. beim Benelux-Musteramt eingegangen ist, sofern das Amt die Anmeldung innerhalb von zwei Monaten nach diesem Eingangstag erhält.

Erhält das Amt die Anmeldung später als zwei Monate nach dem Eingangstag, gilt als Anmeldetag der Tag, an dem das Amt die Anmeldung erhalten hat.

4.6.2. Übermittlung der Anmeldung durch Fernkopierer

Die Übermittlung durch Fernkopierer (Telefax) kann für Geschmacksmusteranmeldungen ungeeignet sein, weil die Wiedergabe des Geschmacksmusters verfälscht werden kann. Wird dennoch eine Anmeldung durch Telefax übermittelt, empfiehlt es sich dringend, unverzüglich eine Bestätigungskopie („confirmation copy“) einzureichen, und zwar entweder durch persönliche Übergabe oder durch Postzustellung.

Wird eine Anmeldung durch Telefax übermittelt, wartet der Prüfer bis zu einem Monat vom Tag des Zugangs des Telefaxes auf den Eingang einer Bestätigungskopie, bevor die weitere Bearbeitung der Anmeldung erfolgt. Nach dieser Wartezeit von höchstens einem Monat fährt der Prüfer mit der Prüfung anhand der vorliegenden Unterlagen fort.

Aufgrund von Telefaxübermittlung kann es zu zweierlei Arten von Mängeln kommen:

- i Die Wiedergabe eines durch Telefax übermittelten Geschmacksmusters ist nicht von einer Qualität, die alle Einzelheiten, für die Schutz beansprucht wird, klar erkennen lässt.
- ii Die eingegangenen Unterlagen sind unvollständig und/oder unleserlich.

Geht innerhalb von einem Monat ab dem Eingangstag der Telefaxübermittlung eine Bestätigungskopie ein, haben die beiden Mängelarten (i) und (ii) unterschiedliche Konsequenzen für den Anmeldetag:

- (a) Im Falle des Mangels (i) erkennt der Prüfer den Eingangstag der Telefaxübermittlung als Anmeldetag zu.
- (b) Im Falle des Mangels (ii) erkennt der Prüfer den Eingangstag der Bestätigungskopie als Anmeldetag zu.

Die Prüfung wird auf der Grundlage der Bestätigungskopie fortgesetzt.

Kommt es aufgrund einer Telefaxübermittlung zu einem der oben aufgeführten Mängel (i) oder (ii) und geht innerhalb eines Monats ab dem Eingangstag der Telefaxübermittlung keine Bestätigungskopie ein, unterrichtet der Prüfer den Anmelder über den Mangel und fordert ihn auf, den Mangel innerhalb einer Frist von zwei Monaten zu beheben, indem er die Bestätigungskopie durch Postzustellung oder persönliche Übergabe nachreicht. Wenn der Anmelder den Mangel fristgemäß behebt, gilt der Eingangstag der Bestätigungskopie als Anmeldetag, sofern die Wiedergabe auf dem Bestätigungskopie zur Behebung der Mängel geeignet ist. Wenn der Anmelder den Mangel nicht fristgemäß behebt, erkennt der Prüfer keinen Anmeldetag zu. Infolgedessen wird die Anmeldung nicht als Anmeldung eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters behandelt. Alle entrichteten Gebühren werden zurückerstattet.

Die Bestätigungskopie muss mit dem ursprünglich für die Telefaxübermittlung verwendeten Dokument übereinstimmen. Der Prüfer weist eine „Bestätigungskopie“, die nicht mit dem ursprünglich für die Telefaxübermittlung verwendeten Dokument übereinstimmt, zurück.

Geht beim Amt eine Wiedergabe eines Geschmacksmusters ein, bei der nur einige der zugehörigen Ansichten aufgrund der Telefaxübermittlung mangelbehaftet sind, und erhält das Amt die Bestätigungskopie später als einen Monat nach dem Eingangstag der Telefaxübermittlung, hat der Anmelder die Wahl, ob ihm der Eingangstag der Bestätigungskopie als Anmeldetag zuerkannt wird, oder ob der Eingangstag der Telefaxübermittlung als Anmeldetag für die nicht mangelbehafteten Ansichten beibehalten wird, während die mangelbehafteten Ansichten unberücksichtigt bleiben.

4.6.3. Weitere Mängel mit Auswirkungen auf den Anmeldetag

Stellt der Prüfer fest, dass die Voraussetzungen für die Zuerkennung eines Anmeldetags (siehe Abschnitt 4.1.) nicht erfüllt sind, unterrichtet er den Anmelder hierüber und fordert ihn auf, den Mangel innerhalb einer Frist von zwei Monaten zu beheben.

Werden die Mängel fristgemäß behoben, gilt als Anmeldetag der Eingangstag der Mängelbehebung. Der Anmelder enthält eine entsprechende Mitteilung.

Werden die Mängel nicht fristgemäß behoben, wird kein Anmeldetag zuerkannt. Infolgedessen wird die Anmeldung nicht als Anmeldung zur Eintragung eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters behandelt und alle entrichteten Gebühren werden zurückerstattet.

5) EINTRAGUNGSHINDERNISSE

Der Prüfer weist die Anmeldung zurück, wenn er feststellt, dass der Gegenstand der Anmeldung

- (a) der Begriffsbestimmung eines Geschmacksmusters gemäß Artikel 3 Buchstabe a GGV nicht entspricht; oder
- (b) gegen die öffentliche Ordnung oder gegen die guten Sitten verstößt.

5.1 Begriffsbestimmung eines „Geschmacksmusters“ (Artikel 3 Buchstabe a GGV)

Der Begriff „Geschmacksmuster“ bezeichnet die Erscheinungsform eines Erzeugnisses oder eines Teils davon, die sich insbesondere aus den Merkmalen der Linien, Konturen, Farben, der Gestalt, Oberflächenstruktur und/oder der Werkstoffe des Erzeugnisses selbst und/oder seiner Verzierung ergibt.

Der Begriff „Erzeugnis“ bezeichnet jeden industriellen oder handwerklichen Gegenstand, einschließlich Verpackungen, Ausstattungen, grafischen Symbolen und typografischen Schriftbildern; ein Computerprogramm gilt jedoch nicht als "Erzeugnis".

Die Übereinstimmung mit der Begriffsbestimmung eines Geschmacksmusters unterliegt der Prüfung. Eine fehlende Übereinstimmung mit der Begriffsbestimmung stellt ein Eintragungshindernis dar.

Bezieht sich die Anmeldung auf ein Geschmacksmuster für ein Erzeugnis bestehend aus mehreren Einzelteilen, muss die Wiedergabe des Geschmacksmusters das Erzeugnis als Ganzes darstellen, d. h. alle Einzelteile zusammengebaut; anderenfalls wird davon ausgegangen, dass die Wiedergabe mehrere Geschmacksmuster umfasst. Eine mehrere Geschmacksmuster umfassende Wiedergabe stellt einen Mangel in Bezug auf die Form der Wiedergabe dar (siehe Abschnitt 11.4).

Umfasst eine Wiedergabe einen Satz von Gegenständen, wird davon ausgegangen, dass die Wiedergabe nicht ein Geschmacksmuster im Sinne von Artikel 3 Buchstabe a GGV darstellt, sofern nicht aus der Wiedergabe ersichtlich ist, dass Schutz für ein Geschmacksmuster beansprucht wird, das sich aus der Kombination der Merkmale der Gegenstände ergibt. Eine derartige Kombination kann beispielsweise entstehen, wenn die Gegenstände des Satzes so eng miteinander in Beziehung stehen, dass davon ausgegangen werden kann, dass sie ein einziges Geschmacksmuster bilden. Beispielsweise wo Gabel, Löffel und Messer gemeinsame Merkmale aufweisen, werden sie als ein Satz von Gegenständen angesehen. Mindestens eine Ansicht muss den Satz von Gegenständen zusammen zeigen.

Geprüft wird nicht, ob das angegebene Erzeugnis tatsächlich industriell oder handwerklich hergestellt oder verwendet wird, beziehungsweise industriell oder handwerklich hergestellt oder verwendet werden kann.

5.2. Öffentliche Ordnung und gute Sitten (Art. 9 GGV)

Der Prüfer weist eine Anmeldung zurück, wenn das Geschmacksmuster gegen die öffentliche Ordnung oder gegen die guten Sitten verstößt. Die GGV enthält keine Legaldefinition von „öffentlicher Ordnung“ und „guten Sitten“. Eine Zurückweisung aus diesem Grund muss unter Verweis auf die Auffassung der Öffentlichkeit innerhalb der Gemeinschaft begründet werden. Beispielsweise sind Geschmacksmuster, die rassistische Botschaften oder Bilder enthalten, nicht akzeptabel. Dagegen ist schlechter Geschmack, der sich in einem Geschmacksmuster manifestiert, kein Eintragungshindernis.

5.3. Umgang mit Mängeln (Art. 47 Abs. 1 Buchstabe b GGV; Art. 11 GGDV)

Wird ein Eintragungshindernis gefunden, unterrichtet der Prüfer den Anmelder hierüber im Prüfungsbericht, in dem er ihm gegebenenfalls auch sonstige Mängel mitteilt. Der Anmelder erhält eine Frist von zwei Monaten, um eine Stellungnahme abzugeben, oder die Anmeldung zurückzunehmen oder eine geänderte Wiedergabe des Geschmacksmusters einzureichen, wobei allerdings die Identität des Geschmacksmusters erhalten bleiben muss. Die Anmeldung wird zurückgewiesen, wenn der Anmelder das Eintragungshindernis nicht fristgemäß ausräumen kann.

Eine Sammelanmeldung kann teilweise zurückgewiesen werden, wenn sich das Eintragungshindernis nur auf bestimmte Geschmacksmuster der Anmeldung bezieht.

Im Verlauf des Eintragungsverfahrens darf eine Änderung der Wiedergabe des Geschmacksmusters nur aufgrund einer Beanstandung des Prüfers in Bezug auf ein Eintragungshindernis vorgenommen werden, d.h. wenn festgestellt wird, dass das Geschmacksmuster nicht der Begriffsbestimmung gemäß Artikel 3 Buchstabe a GGV entspricht, oder dass es gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstößt.

6) ANGABE DER ERZEUGNISSE

6.1. Eindeutige Angabe (Art. 36 Abs. 2 GGV; Art. 1 Abs. 1 Buchstabe d, Art. 3 Abs. 3 GGDV)

Die Anmeldung muss ferner eine Angabe der Erzeugnisse enthalten, in die das Geschmacksmuster aufgenommen oder bei denen es verwendet werden soll. Der Anmelder hat die Erzeugnisse so zu benennen, dass sich die Art der Erzeugnisse klar erkennen lässt und jedes dieser Erzeugnisse in nur jeweils eine Klasse der Locarno-Klassifikation eingeordnet werden kann.

Die Angabe von Erzeugnissen berührt nicht den Schutzzumfang des Gemeinschaftsgeschmacksmusters als solchen.

Der Prüfer ersetzt in naheliegenden Fällen von Amts wegen den vom Anmelder verwendeten Wortlaut, um ein Erzeugnis mit einem äquivalenten Begriff aus der Locarno-Klassifikation zu bezeichnen. Naheliegende Fälle sind beispielsweise Synonyme Amerikanisch/Englisch wie zum Beispiel „jewelry“ – „jewellery“, „trunk“ – „boot“, „sidewalk“ – „pavement“, „nightshifts“ – „nightshirts“, „garbage“ – „rubbish“ usw. Der Prüfer unterlässt es jedoch, die Wortwahl des Anmelders durch einen spezifischeren Begriff zu ersetzen.

6.2. Bevorzugte Form (Art. 3 Abs. 3 GGDV)

Um das Eintragungsverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen, wird den Anmeldern dringend empfohlen, die Erzeugnisse unter Verwendung der Begriffe zu bezeichnen, die in der Locarno-Klassifikation oder in der Datenbank EuroLocarno, auf die online unter oami.eu.int zugegriffen werden kann, aufgeführt sind. EuroLocarno enthält das Verzeichnis der Begriffe der Locarno-Klassifikation, ergänzt um mehr als 2000 zusätzliche Begriffe. EuroLocarno ist in allen Amtssprachen der Gemeinschaft verfügbar.

6.3. Umgang mit Mängeln (Art. 45 Abs. 2 Buchstabe a, Art. 46 Abs. 1 und 3 GGV; Art. 10 Abs. 3, 4 und 8 GGDV)

Enthält die Anmeldung keine Angabe von Erzeugnissen, unterrichtet der Prüfer den Anmelder im Prüfungsbericht über den Mangel und setzt für die Behebung des Mangels eine Frist von zwei Monaten ab Zugang der Mitteilung. Wird der Mangel nicht vor Ablauf der Frist behoben, wird die Anmeldung zurückgewiesen.

7) KLASSIFIZIERUNG

7.1. Zweck (Art 36 Abs. 6 GGV; Art. 3 Abs. 2 GGDV)

Der Prüfer hat zu berücksichtigen, dass die Klassifizierung der Erzeugnisse ausschließlich Verwaltungszwecken dient. Sie berührt nicht den Schutzzumfang des Geschmacksmusters als solchen.

7.2. Locarno-Klassifikation (Art. 40 GGV; Art. 3 Abs. 1 und 3 GGDV)

Es gilt die jeweils aktuelle Fassung der Klassifikation nach dem Locarno-Abkommen; dies ist derzeit die siebte Ausgabe, die am 1. Januar 1999 in Kraft trat. Das Locarno-Abkommen enthält ein Verzeichnis von Klassen und eine alphabetische Liste, die eine allgemeine Angabe von Bereichen enthält, zu denen die Erzeugnisse gehören. Die alphabetische Liste sollte für die Klassifizierung jedes spezifischen Erzeugnisses konsultiert werden.

7.3. Klassifizierung durch den Anmelder (Art. 36 Abs. 3 Buchstabe d GGV; Art. 1 Abs. 2 Buchstabe c, Art. 3 GGDV)

Der Anmelder kann mit der Anmeldung eine Klassifizierung der Erzeugnisse einreichen, d.h. die Angabe der Klasse(n) und Unterklasse(n) gemäß der Locarno-Klassifikation.

Reicht der Anmelder eine Klassifizierung ein, sind die Erzeugnisse nach den Klassen der Locarno-Klassifikation zu gruppieren, wobei jeder Gruppe die Nummer der entsprechenden Klasse voranzustellen ist; ferner sind sie in der Reihenfolge der Klassen und Unterklassen der genannten Klassifikation zu ordnen.

Reicht der Anmelder keine Klassifizierung ein oder fehlt die erforderliche Gruppierung der Erzeugnisse, so stellt dies keinen Mangel dar.

7.4. Klassifizierung durch den Prüfer

Hat der Anmelder keine Klassifizierung eingereicht, erfolgt die Klassifizierung durch den Prüfer.

Hat der Anmelder eine unrichtige Klassifizierung eingereicht, ersetzt der Prüfer die Klassifizierung des Anmelders durch seine eigene Klassifizierung.

Kann ein Erzeugnis nicht nach dem Verzeichnis der Klassen oder der alphabetischen Liste klassifiziert werden, kann der Prüfer entweder den Anmelder zur Angabe der Art und des Zwecks des bezeichneten Erzeugnisses auffordern, oder das Erzeugnis in Klasse 99 der Locarno-Klassifikation (d. h. „Verschiedenes“) einordnen.

8) SAMMELANMELDUNG

8.1. Unbegrenzte Anzahl von Geschmacksmustern (Art. 37 Abs. 1 GGV; Art 2 Abs. 1 GGDV)

Eine Sammelanmeldung kann eine unbegrenzte Anzahl von Geschmacksmustern enthalten.

8.2. Einheitlichkeit der Klasse (Art. 37 Abs. 1 GGV)

Außer im Falle von Verzierungen (siehe unten) müssen alle Erzeugnisse für alle Geschmacksmuster in einer Sammelanmeldung derselben Klasse der Locarno-Klassifikation angehören.

8.3. Verzierungen (Art. 37 Abs. 1 GGV)

Eine Verzierung ist ein zusätzliches, dekoratives Element, das auf die Oberfläche einer Mehrzahl von Erzeugnissen aufgebracht werden kann, ohne deren Konturen erheblich zu verändern.

Im Falle einer Sammelanmeldung, in der alle Geschmacksmuster für Verzierungen bestimmt sind, gilt das Erfordernis der „Einheitlichkeit der Klasse“ (siehe oben) nicht.

Ob sich eine Anmeldung auf Verzierungen bezieht oder nicht, wird durch den Anmelder angegeben, indem er entweder das entsprechende Kästchen auf dem Formular des Amtes ankreuzt, oder die entsprechende Information mitteilt, falls der Anmelder sein eigenes Formular verwendet. Die Entscheidung des Anmelders wird nicht eingehend geprüft. Es ergeht jedoch eine Beanstandung, wenn der Prüfer auf den ersten Blick starke Zweifel daran hat, dass das Geschmacksmuster zur Verzierung dient.

8.4. Umgang mit Mängeln (Art. 46 Abs. 1 und 3 GGV; Art. 2 Abs. 2, Art. 10 Abs. 3 und 4 GGDV)

Wenn die in einer Sammelanmeldung (die sich auf andere als zur Verzierung bestimmte Geschmacksmuster bezieht) angegebenen Erzeugnisse nicht derselben Klasse angehören, wird der Anmelder hierüber im Prüfungsbericht unterrichtet. Der Prüfer fordert den Anmelder auf, die Sammelanmeldung so aufzuteilen, dass die Anzahl der Anmeldungen entweder der Zahl der Klassen nach der Locarno-Klassifikation oder der Anzahl der in der ursprünglichen Sammelanmeldung enthaltenen Geschmacksmuster entspricht. Der Zweck dieser Aufteilung ist die Wiederherstellung der „Einheitlichkeit der Klasse“.

Der Anmelder muss der Aufforderung des Prüfers innerhalb einer Frist von zwei Monaten nachkommen und den Gesamtbetrag der Gebühren für alle aus der Aufteilung der Sammelanmeldung resultierenden Anmeldungen entrichten.

Der zu entrichtende Gesamtbetrag wird durch den Prüfer berechnet und dem Anmelder im Prüfungsbericht mitgeteilt. Der Prüfer schlägt die kostengünstigste der beiden möglichen Optionen vor, d.h. entweder die Sammelanmeldung so aufzuteilen, dass die Anzahl der Anmeldungen der Anzahl der Klassen nach der Locarno-Klassifikation entspricht, oder die Sammelanmeldung so aufzuteilen, dass die Anzahl der Anmeldungen der Anzahl der in der ursprünglichen Sammelanmeldung enthaltenen Geschmacksmuster entspricht.

Kommt der Anmelder der Aufforderung zur Aufteilung nach und entrichtet er den Gesamtbetrag der Gebühren, so gilt für die entsprechende(n) Anmeldung(en) der Anmeldetag der anfänglich eingereichten Sammelanmeldung. Alternativ hierzu kann der Anmelder seine Anmeldung teilweise zurückziehen, indem er einige der Geschmacksmuster zurückzieht oder einige der Erzeugnisse streicht, um die „Einheitlichkeit der Klasse“ wiederherzustellen.

Kommt der Anmelder der Aufforderung des Prüfers nicht fristgemäß nach, wird die Anmeldung in ihrer Gesamtheit zurückgewiesen.

9) BESCHREIBUNG

9.1 Umfang (Art. 36 Abs. 3 Buchstabe a GGV; Art. 1 Abs. 2 Buchstabe a GGDV)

Die Anmeldung kann eine aus höchstens 100 Wörtern bestehende Beschreibung zur Erläuterung der Wiedergabe des Geschmacksmusters oder der Probe enthalten. Nach dem Anmeldetag eingereichte Beschreibungen werden nicht akzeptiert.

Die Beschreibung berührt nicht den Schutzzumfang des Gemeinschaftsgeschmacksmusters als solchen.

9.2. Inhalt (Art. 36 Abs. 3 Buchstabe a GGV; Art. 1 Abs. 2 Buchstabe a GGDV)

Die Beschreibung darf sich nicht auf Merkmale beziehen, die aus der Wiedergabe des Geschmacksmusters oder den Proben nicht ersichtlich sind.

Die Beschreibung darf keine Aussagen über die angebliche Neuheit oder Eigenart des Geschmacksmusters oder seinen technischen Wert enthalten.

9.3. Register (Art. 69 Absatz 2 Buchstabe o) GGDV)

Die Beschreibung wird zu den Unterlagen genommen. Sie wird nicht in das Register eingetragen und nicht in vollem Wortlaut bekannt gemacht. Das Register enthält jedoch einen Vermerk darüber, dass eine Beschreibung eingereicht wurde.

10) PRIORITÄT

10.1. Frühere Anmeldung(en) (Art. 41, 42 GGV; Art. 8 GGDV)

Eine Priorität kann aufgrund einer früheren (ersten) Anmeldung eines Geschmacksmusters oder Gebrauchsmusters (aber nicht aufgrund einer Patentanmeldung) in Anspruch genommen werden, die in einem oder mit Wirkung für einen Vertragsstaat der Pariser Verbandsübereinkunft oder ein Mitglied der Welthandelsorganisation eingereicht wurde. Eine Priorität kann nur in Anspruch genommen werden, wenn das Gemeinschaftsgeschmacksmusters innerhalb von sechs Monaten nach Einreichung der ersten Anmeldung(en) angemeldet wird.

Es kann mehr als eine Priorität in Anspruch genommen werden, insbesondere im Falle einer Sammelanmeldung, wenn die in dieser Sammelanmeldung enthaltenen Geschmacksmuster zuvor getrennt in einem oder für einen der vorgenannten Staaten angemeldet wurden.

Die Priorität kann entweder gleichzeitig mit der Einreichung der Anmeldung oder innerhalb eines Monats nach dem Anmeldetag in Anspruch genommen werden.

Wird mit der Anmeldung eine Priorität in Anspruch genommen, so muss der Anmelder innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Anmeldetag des Gemeinschaftsgeschmacksmusters das Aktenzeichen der früheren Anmeldung(en) sowie eine Abschrift dieser Anmeldung(en) oder eine Abschrift der entsprechenden Prioritätsurkunde oder der von der zuständigen Behörde ausgestellten Eintragungsurkunde einreichen.

Will der Anmelder nach Einreichung der Anmeldung eine Priorität in Anspruch nehmen, so hat er innerhalb einer Frist von einem Monat nach dem Anmeldetag die Prioritätserklärung vorzulegen. Aus der Prioritätserklärung muss hervorgehen, an welchem Tag und in welchem Land die frühere(n) Anmeldung(en) erfolgt ist (sind).

Der von dem Anmelder eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters gemäß Artikel 8 Abs. 1 GGDV vorzulegende Nachweis besteht aus einer beglaubigten Abschrift der älteren Anmeldung oder Eintragung, die von der Behörde ausgestellt ist, bei der die ältere Anmeldung eingereicht worden ist; dieser ist eine Bescheinigung dieser Behörde über den Tag der Einreichung der älteren Anmeldung beizufügen. Diese Unterlage kann im Original oder in Form einer genauen Fotokopie vorgelegt werden. Enthält das Originaldokument eine Wiedergabe des Musters in Farbe, so muss die Fotokopie ebenfalls in Farbe sein.

Wird die Priorität einer früheren Anmeldung eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters in Anspruch genommen, so muss der Anmelder das Aktenzeichen und den Anmeldetag der früheren Gemeinschaftsgeschmacksmusteranmeldung angeben. Das Amt nimmt von Amts wegen eine Abschrift der früheren Anmeldung in die Akten der Gemeinschaftsgeschmacksmusteranmeldung auf. Der vorangehende Abschnitt ist nicht anzuwenden.

Ist die frühere Anmeldung nicht in einer der fünf Sprachen des Amtes ausgestellt, kann der Prüfer verlangen, dass eine Übersetzung in eine der fünf Sprachen innerhalb von zwei Monaten vorgelegt wird. Eine solche Übersetzung verlangt der Prüfer jedoch nicht, wenn das Schriftstück in einer der Amtssprachen der Gemeinschaft ausgestellt wurde.

Um den Verlust des Prioritätsrechts zu vermeiden, wird dringend empfohlen, die Priorität in der Anmeldung in Anspruch zu nehmen. Zudem wird durch die Abgabe der Prioritätserklärung mit der Anmeldung das Verfahren der Eintragung und Bekanntmachung verkürzt.

Bei Anmeldungen, die zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 31. März 2003 eingehen, wird für die Berechnung des Prioritätsintervalls der 1. April 2003 als Anmeldetag herangezogen. Folglich kann ein Prioritätsanspruch nicht auf eine frühere Anmeldung gestützt werden, die vor dem 1. Oktober 2002 eingereicht wurde.

10.2. Ausstellungspriorität (Art. 44 GGV; Art. 9 GGDV)

Wurde in der Anmeldung eine Ausstellungspriorität in Anspruch genommen, so muss der Anmelder entweder zusammen mit der Anmeldung oder spätestens binnen drei Monaten nach dem Anmeldetag eine Bescheinigung einreichen, die während der Ausstellung von der für den Schutz des gewerblichen Eigentums zuständigen Stelle erteilt worden ist. Diese Bescheinigung muss bestätigen, dass das Geschmacksmuster in das entsprechende Erzeugnis aufgenommen oder dabei

verwendet und auf der Ausstellung offenbart wurde; sie muss außerdem den Tag der Eröffnung der Ausstellung enthalten und, wenn die erstmalige Offenbarung nicht mit dem Eröffnungstag der Ausstellung zusammenfällt, den Tag, an dem es erstmals offenbart wurde, angeben. Der Bescheinigung ist eine von der zuständigen Behörde beglaubigte Darstellung über die tatsächliche Offenbarung des Erzeugnisses beizufügen.

Will der Anmelder nach Einreichung der Anmeldung eine Ausstellungspriorität in Anspruch nehmen, so ist die Prioritätserklärung mit Bezeichnung der Ausstellung und des Tags der erstmaligen Offenbarung des Erzeugnisses, in das das Geschmacksmuster aufgenommen oder bei dem es verwendet wurde, bis spätestens einen Monat nach dem Anmeldetag vorzulegen. Die vorgenannte Bescheinigung ist dem Amt innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Empfang der Prioritätserklärung vorzulegen.

Priorität kann nur gewährt werden, wenn die Anmeldung eines eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmusters innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag der ersten Zurschaustellung des Geschmacksmusters eingereicht wird.

Eine Ausstellungspriorität kann nur für internationale Ausstellungen gewährt werden, die nach den Vorschriften des Übereinkommens über Internationale Ausstellungen vom 22. November 1928 amtlich anerkannt wurden, z. B. Weltausstellungen.

10.3. Umgang mit Mängeln (Art. 40, Art. 46 Abs. 4 GGV; Art. 10 Abs. 7 GGDV)

Wird eine Priorität in Anspruch genommen, kontrolliert der Prüfer, ob:

- (a) das Aktenzeichen der früheren Anmeldung angegeben ist;
- (b) der Anmeldetag des Gemeinschaftsgeschmacksmusters in das 6-Monats-Prioritätsintervall ab dem beanspruchten Prioritätstag liegt;
- (c) die frühere(n) Anmeldung(en) in einem oder für einen Vertragsstaat der Pariser Verbandsübereinkunft oder der WTO eingereicht wurde(n);
- (d) die Frist für die Einreichung der Prioritätserklärung eingehalten wurde.

Nach Eingang der das Prioritätsrecht begründenden Unterlagen kontrolliert der Prüfer, ob die die Unterlagen fristgerecht eingegangen sind.

Zudem wird geprüft, ob der Gegenstand der Prioritätsanmeldung und der vorliegenden Anmeldung *prima facie* übereinstimmen. Ein Beanstandung ergeht nur im Falle einer eindeutigen Abweichung.

Werden Mängel festgestellt, fordert der Prüfer den Anmelder zur Behebung der Mängel innerhalb einer Frist von zwei Monaten auf. Werden die Mängel nicht fristgemäß behoben, oder sind Mängel nicht behebbar, geht das Prioritätsrecht verloren.

Stellt der Prüfer fest, dass der Anmelder ein Recht auf Inanspruchnahme einer Priorität verloren hat, so teilt er dies dem Anmelder mit.

11) FORMERFORDERNISSE DER ANMELDUNG

11.1. Einzelheiten zum Anmelder (Art. 1 Abs. 1 Buchstabe b, Art. 10 Abs. 1 Buchstabe b, Art. 3 und 4 GGDV)

(Obligatorisch) Der Anmelder muss seinen Namen, seine Anschrift und Staatsangehörigkeit sowie den Staat seines Wohnsitzes, seines Sitzes oder seiner Niederlassung angeben. Bei natürlichen Personen sind Familienname und Vorname(n) anzugeben. Neben der Bezeichnung ist bei Gesellschaften, Firmen und sonstigen juristischen Personen ihre Eintragungsform (z. B. PLC, S.A., AG) sowie das Recht des Staates, dem sie unterliegen, anzugeben. Wenn das Amt dem Anmelder eine Kennnummer (ID) zugeteilt hat, reicht die Angabe der Kennnummer und des Namens des Anmelders aus.

(Empfohlene Form) Die Bezeichnung von juristischen Personen sollte vollständig angegeben werden, nur ihre Eintragungsform darf abgekürzt werden. Die Anschrift sollte möglichst die Straße, die Hausnummer, den Ort oder Bezirk, die Postleitzahl und das Land umfassen. Der Anmelder sollte nur eine Anschrift angeben; bei Angabe mehrerer Anschriften wird nur die zuerst genannte als Zustellanschrift berücksichtigt, es sei denn, der Anmelder benennt eine andere Anschrift als Zustellanschrift. Der Anmelder kann Telefon- und Telefaxnummern sowie sonstige Kommunikationsmittel, beispielsweise elektronische Post, angeben. Es stellt jedoch keinen Mangel dar, bei diesen Angaben nicht die empfohlene Form anzuwenden.

11.2. Gesetzlicher Vertreter (Art. 45 Abs. 2, Art. 46 Abs. 3, Art. 62, Art. 77, Art. 78 GGV; Art. 1 Abs. 1 Buchstabe e, Art. 10 Abs. 3 und 4 GGDV)

Natürliche oder juristische Personen, die weder Wohnsitz noch Sitz noch eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung in der Gemeinschaft haben, müssen einen Vertreter benennen, der sie in jedem Verfahren mit Ausnahme der Einreichung einer Anmeldung für ein Gemeinschaftsgeschmacksmuster vertritt. Wird unter diesen Umständen eine Anmeldung eingereicht, ohne dass ein Vertreter benannt wurde, wird der Anmelder im Prüfungsbericht hierzu aufgefordert. Dazu wird ihm eine Frist von zwei Monaten gewährt. Benennt der Anmelder nicht fristgemäß einen Vertreter, wird die Anmeldung zurückgewiesen.

Zur Vertretung zugelassen sind:

- (a) Angestellte einer juristischen Person, die über einen Geschäftssitz in der Gemeinschaft verfügt und mit dem Anmelder wirtschaftlich verbunden ist, oder
- (b) Rechtsanwälte, der in einem der Mitgliedstaaten zugelassen ist und einen Geschäftssitz in der Gemeinschaft hat, soweit er in diesem Staat die Vertretung auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes ausüben kann, oder
- (c) zugelassene Vertreter, der in die Liste zugelassener Vertreter gemäß Artikel 89 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung über die Gemeinschaftsmarke eingetragen ist, oder
- (d) Personen, die in die besondere Liste zugelassener Vertreter in Geschmacksmusterangelegenheiten eingetragen ist.

Die Einreichung einer Vollmacht ist nicht erforderlich.

Natürliche oder juristische Personen mit Wohnsitz oder Sitz oder einer tatsächlichen und nicht nur zum Schein bestehenden gewerblichen oder Handelsniederlassung in der Gemeinschaft müssen keinen Vertreter benennen.

Wird ein Vertreter benannt, müssen seine Bezeichnung und Geschäftsanschrift den Erfordernissen für die Anschrift des Anmelders in Abschnitt 11.1 entsprechen. Gibt es mehr als einen Vertreter mit verschiedenen Geschäftsanschriften, ist in der Anmeldung anzugeben, welche Anschrift als

Zustellanschrift zu verwenden ist. Wird diese Angabe nicht gemacht, vermerkt der Prüfer die erste angegebene Anschrift als Zustellanschrift. Wurde einem Anmelder, einem Vertreter oder einem Zusammenschluss von Vertretern eine Kennnummer zugeteilt, reicht die Angabe der jeweiligen Bezeichnung und Kennnummer aus. Anmelder und deren Vertreter, denen eine Kennnummer für Gemeinschaftsmarkenangelegenheiten zugeteilt wurde, können diese Kennnummer für Gemeinschaftsgeschmacksmusterangelegenheiten verwenden.

11.3. Nennung der/des Entwerfer(s) (Art. 18, Art. 36 Abs. 3 Buchstabe e, Art. 45 Abs. 2 Buchstabe a, Art. 46 Abs. 3 GGV; Art. 1 Abs. 2 Buchstabe d GGDV)

Die Anmeldung kann eine Nennung der/des Entwerfer(s) oder des Entwerferteams oder einen Hinweis, dass die/der Entwerfer oder das Entwerferteam auf das Recht, genannt zu werden, verzichtet haben/hat. Die Nennung und der Verzicht oder das Fehlen jeglicher Angaben zu dem/den Entwerfer(n) unterliegen nicht der Prüfung. Wenn weder der Entwerfer genannt noch ein Verzicht auf Nennung angegeben ist, wird dies vom Prüfer nicht beanstandet.

11.4. Format der Wiedergabe des Geschmacksmusters (Art. 45 Abs. 2, Art. 46 Abs. 3 GGV; Art. 4 Abs. 1 GGDV)

Die Wiedergabe des Geschmacksmusters muss aus einer fotografischen oder sonstigen grafischen Darstellung des Geschmacksmusters in schwarz-weiß oder in Farbe bestehen. Dabei sind folgende Anforderungen zu erfüllen:

- (a) Außer im Falle der elektronischen Einreichung der Anmeldung ist die Wiedergabe entweder auf gesonderten Blättern einzureichen oder auf dem vom Amt bereitgestellten Formular auf der dafür vorgesehenen Seite darzustellen.
- (b) Bei Einreichung auf gesonderten Blättern ist weißes, undurchsichtiges Papier zu verwenden, auf das die Wiedergabe des Geschmacksmusters direkt aufgedruckt oder aufgeklebt ist. Nur ein Exemplar darf eingereicht werden, und die Blätter dürfen weder gefaltet noch geheftet sein.
- (c) Das gesonderte Blatt muss die Größe DIN A4 haben (29,7 cm hoch, 21 cm breit), und die für die Wiedergabe benutzte Fläche darf nicht größer sein als 26,2 cm × 17 cm. Vom linken Seitenrand ist ein Seitenabstand von mindestens 2,5 cm einzuhalten; oben auf jedem Blatt ist außerdem die Zahl der Ansichten anzugeben und, im Falle einer Sammelanmeldung, die laufende Nummer des Geschmacksmusters; es darf keinerlei erläuternden Text, erläuternde Bezeichnungen oder Symbole enthalten, ausgenommen die Angabe „oben“ oder den Namen oder die Anschrift des Anmelders.
- (d) Wird die Anmeldung elektronisch eingereicht, dann muss sie die Erfordernisse erfüllen, die in der Entscheidung des Präsidenten des Amtes EX-03-5 vom 25. Juni 2003 genannt sind;
- (e) Das Geschmacksmuster ist auf neutralem Hintergrund darzustellen und darf nicht mit Tinte oder Korrekturflüssigkeit retuschiert werden. Die Darstellung muss von einer Qualität sein, die alle Einzelheiten, für die Schutz beansprucht wird, klar erkennen lässt und die Verkleinerung oder Vergrößerung auf das Format von höchstens 8 cm in der Breite und 16 cm in der Höhe je Ansicht für die Eintragung in das Register und die direkte Veröffentlichung im Blatt für Gemeinschaftsgeschmacksmuster zulässt.

Das Amt akzeptiert Wiedergaben in Farbe. Liegt die Wiedergabe in Farbe vor, erfolgen auch die Eintragung und die Bekanntmachung in Farbe.

Es liegt im Interesse und in der Verantwortung des Anmelders, eine geeignete Wiedergabe einzureichen, die eine hinreichende Anzahl von Ansichten umfasst, um alle Merkmale des

Geschmacksmusters, für die Schutz beansprucht wird, genau darzustellen. Der Prüfer kontrolliert nicht, ob das Geschmacksmuster möglicherweise weitere Merkmale aufweist, die aus den eingereichten Ansichten nicht ersichtlich sind.

Die Wiedergabe kann bis zu sieben verschiedene Ansichten des Geschmacksmusters umfassen. Bei den Ansichten kann es sich um Draufsicht, Vorder-, Teil- oder Perspektivansicht handeln.

Auch Detailansichten von Teilen des Geschmacksmusters in vergrößertem Maßstab können verwendet werden.

Die wechselnden Stellungen eines Geschmacksmusters oder eines Merkmals des Geschmacksmusters müssen in gesonderten Ansichten gezeigt werden.

Der Antragsteller muss alle Ansichten mit durch Punkte gegliederten arabischen Zahlen durchnummerieren, wobei die erste Zahl die Nummer des Geschmacksmusters bezeichnet und die zweite Zahl die Nummer der Ansicht angibt. Beispielsweise ist die sechste Ansicht des zweiten Geschmacksmusters einer Sammelanmeldung zu nummerieren mit: 2.6.

Werden mehr als sieben Ansichten vorgelegt, lässt der Prüfer bei der Eintragung und Bekanntmachung alle überzähligen Ansichten unberücksichtigt. Der Prüfer verwendet die Ansichten in der Reihenfolge ihrer Nummerierung durch den Anmelder, ohne dass er diesen vorab unterrichten muss. Fall mehr als sieben Ansichten eingereicht werden und die Ansichten nicht vom Anmelder nummeriert wurden, fordert der Prüfer den Anmelder auf, die Ansichten zu nummerieren und der Prüfer wählt die ersten sieben Ansichten für die Eintragung.

Der Prüfer kontrolliert, ob sich die Ansichten *prima facie* auf dasselbe Geschmacksmuster beziehen.

Die Wiedergabe eines Geschmacksmusters sollte sich auf die Merkmale beschränken, für die Schutz beansprucht wird. Die Wiedergaben können jedoch andere Elemente umfassen, die zur Identifizierung eines Geschmacksmusters, für das Schutz beansprucht wird, beitragen. In einer Anmeldung zur Eintragung eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters sind folgende Identifikatoren zulässig:

- (a) Gepunktete Linien können in einer Ansicht entweder zur Bezeichnung derjenigen Elemente verwendet werden, für die kein Schutz beansprucht wird, oder zur Bezeichnung von Teilen des Geschmacksmusters, die in der jeweiligen Ansicht nicht sichtbar sind, d. h. zur Bezeichnung von versteckten Linien. Somit bezeichnen gepunktete Linien Elemente, die nicht zu der Ansicht gehören, in der sie verwendet werden.
- (b) Abgrenzungen können zur Umrandung von Merkmalen des Geschmacksmusters, für die Schutz beansprucht wird, verwendet werden.
- (c) Färbungen können in einer Schwarzweißzeichnung verwendet werden, um diejenigen Merkmale des Geschmacksmusters zu kennzeichnen, für die Schutz beansprucht wird.

Bezieht sich das Geschmacksmuster auf eine Verzierung, kann ein Erzeugnis, auf das die Verzierung aufgebracht wird, durch gepunktete Linien markiert werden, oder die Verzierung kann mit Abgrenzungen umrandet werden.

Es liegt in der Verantwortung des Anmelders, gepunktete Linien, Abgrenzungen und Färbungen derart zu verwenden, dass deutlich wird, für welche Merkmale Schutz beansprucht wird und für

welche nicht, da der Prüfer ausschließlich eine Kontrolle der Darstellung hinsichtlich ihrer Eignung für die Bekanntmachung vornimmt.

Nach Einreichung der Anmeldung beim Amt ist es nicht zulässig, zusätzliche Ansichten nachzureichen.

11.5. Sich wiederholende Muster (Art. 4 Abs. 3 GGDV)

Betrifft die Anmeldung die Eintragung eines Geschmacksmusters, das aus einem sich wiederholenden Flächenmuster besteht, so muss die Wiedergabe des Geschmacksmusters das vollständige Muster und einen hinreichend großen Teil der Fläche mit dem sich wiederholenden Muster zeigen.

11.6. Schrifttypen (Art. 4 Abs. 4 GGDV)

Betrifft die Anmeldung die Eintragung eines Geschmacksmusters, das aus einer Schrifttype besteht, so muss die Wiedergabe des Geschmacksmusters alle Buchstaben des Alphabets, in Groß- und Kleinschreibung, umfassen, ferner alle arabischen Ziffern sowie fünf Zeilen Text in dieser Schrifttype, jeweils in Schriftgröße 16 Punkt.

11.7. Probe (Art. 5 GGDV)

Wird eine Probe eingereicht, muss die Probe auf ein Blatt Papier aufgeklebt sein; sie darf nicht größer sein als 26,2 cm × 17 cm, nicht mehr als 50 g wiegen und nicht dicker als 3 mm sein. Es muss möglich sein, die Probe ungefaltet zusammen mit Dokumenten der in Abschnitt 11.4 Buchstabe c genannten Größe aufzubewahren.

Die Probe ist in fünf Exemplaren einzureichen. Im Falle einer Sammelanmeldung sind je Geschmacksmuster fünf Exemplare der Probe einzureichen.

11.8. Zweite Sprache (Art. 98 GGV; Art. 1 Abs. 1 Buchstabe h GGDV)

Die Anmeldung kann in einer der Amtssprachen der Gemeinschaft eingereicht werden (Anmeldesprache).

Der Anmelder hat eine zweite Sprache anzugeben, die eine Sprache des Amtes ist, d.h. Spanisch (ES), Deutsch (DE), Englisch (EN), Französisch (FR) und Italienisch (IT). Die zweite Sprache darf nicht mit der Anmeldesprache identisch sein.

Im Verlauf des Prüfungsverfahrens wird in den schriftlichen Mitteilungen des Amtes die Anmeldesprache verwendet. Handelt es sich jedoch bei der Anmeldesprache nicht um eine der fünf Sprachen des Amtes, kann das Amt für schriftliche Mitteilungen die zweite Sprache verwenden.

11.9. Unterschrift (Art. 65 GGV; Art. 1 Abs. 1 Buchstabe i GGDV)

Die Anmeldung muss durch den Anmelder oder seinen Vertreter unterschrieben werden. Es ist der Name des Unterzeichners anzugeben und das Rechtsverhältnis des Unterzeichners zum Anmelder anzugeben.

11.10. Umgang mit Mängeln (Art. 45 Abs. 2, Art. 46 Abs. 3 GGV; Art. 10 Abs. 3 und 4 GGDV)

Liegt im Zusammenhang mit einer der obigen Anforderungen ein Mangel vor, unterrichtet der Prüfer den Anmelder hierüber im Prüfungsbericht. Dem Anmelder wird für die Behebung des Mangels eine Frist von zwei Monaten gewährt.

Wird der Mangel nicht fristgemäß behoben, wird die Anmeldung durch eine Entscheidung des Prüfers zurückgewiesen.

Ein nicht behobener Mangel im Zusammenhang mit einer der obigen Anforderungen, der sich nur auf einige der Geschmacksmuster einer Sammelanmeldung auswirkt, führt zur teilweisen Zurückweisung der Sammelanmeldung im Umfang der von dem Mangel betroffenen Geschmacksmuster.

12) ZAHLUNG

12.1. Gebühren (Art. 2 bis 9 und Anhang GGGebV; Art. 10 Abs. 2 und 6 GGDV)

Gebühren sind in Euro zu entrichten. Zahlungen in anderen Währungen werden nicht akzeptiert.

Die Gebühren für die Einreichung einer Anmeldung ohne Aufschiebung der Bekanntmachung betragen:

Eintragungsgebühr

1. Geschmacksmuster	230 €
2. bis 10. Geschmacksmuster	115 €
ab 11. Geschmacksmuster	50 €

Bekanntmachungsgebühr

1. Geschmacksmuster	120 €
2. bis 10. Geschmacksmuster	60 €
ab 11. Geschmacksmuster	30 €

Die Eintragungsgebühr und die Bekanntmachungsgebühr sind gleichzeitig zu entrichten, und zwar zusammen mit der Einreichung der Anmeldung (Ausführungen zu Mängeln aufgrund verspäteter Zahlung sind in Abschnitt 12.3. zu finden).

Umfasst die Anmeldung einen Antrag auf Aufschiebung der Bekanntmachung, tritt an die Stelle der Bekanntmachungsgebühr die Aufschiebungsgebühr. Die entsprechende Gebühr beträgt:

Aufschiebungsgebühr

1. Geschmacksmuster	40 €
2. bis 10. Geschmacksmuster	20 €
ab 11. Geschmacksmuster	10 €

In einer Sammelanmeldung kann der Anmelder die Aufschiebung der Bekanntmachung auch für nur einige der Geschmacksmuster beantragen.

Am Ende der 30-monatigen Aufschiebungsfrist - oder früher, wenn der Anmelder die vorzeitige Bekanntmachung beantragt - ist die Bekanntmachungsgebühr für das Geschmacksmuster beziehungsweise für die Geschmacksmuster einer Sammelanmeldung, deren Bekanntmachung der Anmelder bestimmt hat, zu entrichten (siehe Abschnitt 15 zur Aufschiebung der Bekanntmachung).

12.2. Wie können Gebühren entrichtet werden?

Die bevorzugte Zahlungsweise ist die Zahlung mittels eines laufenden Kontos. Ist der Anmelder Inhaber eines laufenden Kontos beim Amt, werden alle Gebühren automatisch bei Fälligkeit vom Konto abgebucht, so dass es nicht zu einem Rechtsverlust oder einem Zuschlag aufgrund von verspäteter Zahlung kommen kann.

Es ist möglich, beim Amt ein laufendes Konto zu eröffnen, von dem alle durch den Inhaber des laufenden Kontos zu entrichtenden Gebühren automatisch abgebucht werden, sofern nicht schriftlich die Anweisung erteilt wird, eine bestimmte Gebühr nicht von diesem Konto abzubuchen.

Andere Zahlungsweisen sind die Zahlung per Scheck oder per Banküberweisung auf das Konto des Amtes sowie die Bar- oder Kreditkartenzahlung in den Räumlichkeiten des Amtes.

Bei Zahlung durch Überweisung auf ein Bankkonto des Amtes oder durch Übergabe oder Übersendung eines Schecks gilt als Zahlungstag der Tag, an dem der gezahlte Betrag einem Bankkonto des Amtes tatsächlich gutgeschrieben wird, bzw. der Tag, an dem der Scheck beim Amt eingeht.

Die Zahlungsfrist gilt als gewahrt, wenn die Person, die die Zahlung geleistet hat, folgende Anforderungen erfüllt hat:

- (a) innerhalb der Zahlungsfrist in einem Mitgliedstaat:
- (b) die Zahlung bei einer Bank veranlasst hat oder
- (c) einer Bank einen ordnungsgemäßen Überweisungsauftrag erteilt hat oder
- (d) bei einem Postamt oder auf anderem Wege einen an das Amt gerichteten Brief mit einem Scheck im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b GGebV aufgegeben hat, sofern dieser Scheck eingelöst wird;

und

- (a) einen Zuschlag von 10 % der entsprechenden Gebühren, jedoch nicht mehr als 200 EUR, entrichtet hat. Der Zuschlag entfällt, wenn eine der unter Buchstabe a genannten Voraussetzungen spätestens zehn Tage vor Ablauf der Zahlungsfrist erfüllt wurde.

Angesichts der Tatsache, dass Banküberweisungen stets eine gewisse Zeit dauern, insbesondere zwischen Mitgliedstaaten, sollte eine derartige Zahlungsweise nicht favorisiert werden, da es zum Nachteil des Anmelders gereichen könnte, wenn die tatsächliche Gutschrift der Überweisung auf dem Bankkonto des Amtes verspätet erfolgt. Dies bedeutet, dass es, wenn ein Überweisungsauftrag am Tag der Einreichung der Anmeldung erteilt wird, unwahrscheinlich ist, dass die tatsächliche Gutschrift der Zahlung auf dem Bankkonto des Amtes rechtzeitig erfolgt. Infolgedessen hat der Anmelder wahrscheinlich einen Zuschlag von 10 % zu entrichten.

12.3. Mängel im Zusammenhang mit Zahlungen (Art. 10 Abs. 2 und 6 GGDV)

Mängel im Zusammenhang mit Zahlungen treten nicht auf, wenn der Gesamtbetrag der Zahlungen über ein laufendes Konto entrichtet wird. Daher beziehen sich die folgenden Ausführungen nur auf andere Zahlungsweisen als die Zahlung über ein laufendes Konto.

Ist die Gebührenzahlung beim Amt zum Zeitpunkt der Prüfung der entsprechenden Anmeldung eingegangen, gilt die Zahlung als fristgemäß geleistet.

Stellt der Prüfer fest, dass die zusammen mit der Anmeldung zu entrichtenden Gebühren (d. h. die Eintragungsgebühr, die Bekanntmachungsgebühr oder, im Falle eines Antrags auf Aufschiebung der Bekanntmachung, die Aufschiebungsgebühr, zuzüglich eventueller zusätzlicher Eintragungs-, Bekanntmachungs- oder Aufschiebungsgebühren im Falle einer Sammelanmeldung) noch nicht beim Amt eingegangen sind, fordert er den Anmelder auf, diese Gebühren zusammen mit den Gebühren für verspätete Zahlung gemäß Ziffer 7 bis 10 des Anhangs zur Gebührenverordnung innerhalb von zwei Monaten zu entrichten. Die Übersendung dieser Aufforderung zieht die Verpflichtung zur Entrichtung der Gebühren für verspätete Zahlung nach sich. Dies gilt, wenn die Gebühren überhaupt nicht oder nicht vollständig entrichtet wurden.

Der genaue Betrag der zu entrichtenden Gebühren einschließlich der Gebühren für verspätete Zahlung und/oder zusätzlicher Gebühren wird im Prüfungsbericht angegeben.

Der Anmelder muss die Zahlung des gesamten Gebührenbetrags einschließlich der Gebühren für verspätete Zahlung innerhalb dieser Frist mittels einer der in Abschnitt 12.2 dargelegten Zahlungsweisen veranlassen. Da als tatsächlicher Zahlungstag der Tag gilt, an dem der Betrag der Zahlung tatsächlich einem Bankkonto des Amtes gutgeschrieben wird, oder an dem der Scheck beim Amt eingeht, muss der Anmelder dafür Sorge tragen, dass die Gutschrift auf dem Bankkonto des Amtes beziehungsweise der Eingang und die Einlösung des Schecks vor dem Ablauf der im Prüfungsbericht angegebenen Frist erfolgen.

Ist die Zahlung in voller Höhe einschließlich eventueller Gebühren für verspätete Zahlung nicht innerhalb der im Prüfungsbericht festgelegten Frist erfolgt, wird die Anmeldung zurückgewiesen.

Im Falle von Sammelanmeldungen weist der Prüfer die Anmeldung nur für die zusätzlichen Geschmacksmuster zurück, die durch den entrichteten Betrag nicht gedeckt sind.

Sofern der Anmelder nicht selbst angegeben hat, welche der Geschmacksmuster unberücksichtigt bleiben sollen, richtet sich der Prüfer nach der Reihenfolge der Nummerierung der Geschmacksmuster.

Zu jeder Zahlung sind hinreichende Informationen zu erteilen, mit deren Hilfe unverzüglich festgestellt werden kann, wer die Zahlung geleistet hat und für welchen Zweck diese Zahlung geleistet wurde.

Insbesondere muss das Begleitschreiben zur Zahlung Angaben zum Namen des Einzahlers, zur Bezeichnung der Gebühr, für die die Zahlung erfolgt (Eintragungsgebühr, Bekanntmachungsgebühr, Aufschiebungsgebühr) sowie gegebenenfalls zu der vom Anmelder angegebenen Referenz enthalten.

Ist ein Anmeldetag zuerkannt worden, werden keine Gebühren zurückerstattet, außer in den Fällen, in denen der vom Anmelder gezahlte Gebührenbetrag nicht zur Deckung der Gebühren für

Eintragung und Bekanntmachung (oder gegebenenfalls Aufschiebung der Bekanntmachung) des Geschmacksmusters oder zumindest eines Geschmacksmusters einer Sammelanmeldung ausreicht.

13) RÜCKNAHME UND BERICHTIGUNGEN

13.1. Rücknahme (Art. 12 Abs. 1 GGDV)

Der Anmelder kann eine Anmeldung eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters oder, im Falle einer Sammelanmeldung, einzelne in der Anmeldung enthaltene Geschmacksmuster, jederzeit zurücknehmen.

13.2. Berichtigungen (Art. 12 Abs. 2 und 3 GGDV)

Nur der Name und die Anschrift des Anmelders oder seines Vertreters, sprachliche Fehler, Übertragungsfehler oder offenbare Unrichtigkeiten können auf Antrag des Anmelders berichtigt werden. Eine Berichtigung, durch die die Wiedergabe des Geschmacksmusters verändert wird, ist nicht zulässig.

Ein Antrag auf Berichtigung der Anmeldung muss folgende Angaben enthalten:

- (a) das Aktenzeichen der Anmeldung;
- (b) den Namen und die Anschrift des Anmelders gemäß Abschnitt 11.1;
- (c) hat der Anmelder einen Vertreter bestellt: den Namen und die Geschäftsanschrift des Vertreters gemäß Abschnitt 11.2.;
- (d) die Angabe des Teils der Anmeldung, der berichtigt werden soll, und denselben Teil in seiner berichtigten Fassung.

Soll derselbe Bestandteil in zwei oder mehr Anmeldungen desselben Anmelders berichtigt werden, genügt ein einziger Antrag.

13.3. Umgang mit Mängeln (Art. 12 Abs. 4 GGDV)

Entspricht ein Berichtigungsantrag nicht den Anforderungen, so fordert der Prüfer den Anmelder auf, den Mangel innerhalb einer Frist von zwei Monaten zu beheben. Wird der Mangel nicht fristgemäß behoben, so weist das Amt den Antrag auf Berichtigung zurück.

14) EINTRAGUNG

14.1. Checkliste (Art. 69 GGDV)

Der Prüfer hat dafür Sorge zu tragen, dass am Ende der Prüfung folgende Angaben vorliegen (sofern zutreffend):

- (a) der Anmeldetag;
- (b) das Aktenzeichen der Anmeldung und das Aktenzeichen jedes einzelnen Geschmacksmusters einer Sammelanmeldung;
- (c) der Tag der Bekanntmachung der Eintragung;
- (d) der Name, die Anschrift, die Staatsangehörigkeit und der Staat des Wohnsitzes, des Sitzes oder der Niederlassung des Anmelders.

- (e) der Name und die Geschäftsanschrift des Vertreters, soweit es sich nicht um einen Angestellten handelt, der gemäß Artikel 77 Absatz 3 Satz 1 GGV als Vertreter auftritt; bei mehreren Vertretern werden nur der Name, gefolgt von den Worten „et. al.“, und die Geschäftsanschrift des zuerst genannten Vertreters eingetragen; im Fall eines Zusammenschlusses von Vertretern werden nur Name und Anschrift des Zusammenschlusses eingetragen;
- (f) die Wiedergabe des Geschmacksmusters;
- (g) die Bezeichnung der Erzeugnisse, gruppiert nach den Klassen und Unterklassen der Locarno-Klassifikation, deren Nummer jeweils vorangestellt wird;
- (h) Angaben über die Inanspruchnahme einer Priorität gemäß Artikel 42 GGV;
- (i) Angaben über die Inanspruchnahme einer Ausstellungspriorität gemäß Artikel 44 GGV;
- (j) die Sprache, in der die Anmeldung eingereicht wurde, und die zweite Sprache, die der Anmelder in seiner Anmeldung gemäß Artikel 98 Absatz 2 GGV angegeben hat;
- (k) der Tag der Eintragung des Geschmacksmusters in das Register und die Nummer der Eintragung;
- (l) ein Vermerk über einen Antrag auf Aufschiebung der Bekanntmachung gemäß Artikel 50 Absatz 3 GGV mit Angabe des Tages, an dem die Aufschiebungsfrist abläuft;
- (m) der Vermerk, dass eine Probe gemäß Artikel 5 Buchstabe a GGDV eingereicht wurde;
- (n) der Vermerk, dass eine Beschreibung gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a GGDV eingereicht wurde;
- (o) Nennung des Entwerfers oder Entwurferteams oder Angabe, dass der Entwerfer oder das Entwurferteam auf die Nennung verzichtet haben.

Liegen alle in der Checkliste aufgeführten Angaben vor, kontrolliert der Prüfer, ob die Gebühren entrichtet wurden.

14.2. Eintragung in das Register

Der Prüfer entscheidet, dass ein Geschmacksmuster eingetragen werden kann, und hält den Tag der Eingabe in das Register fest. Hierüber wird der Anmelder unterrichtet.

15) AUFSCHIEBUNG DER BEKANNTMACHUNG

15.1. Antrag auf Aufschiebung der Bekanntmachung (Art. 50 GGV; Art. 15 und 16 GGDV)

Die Aufschiebung der Bekanntmachung kann nur in der Anmeldung beantragt werden. Spätere Anträge bleiben unberücksichtigt.

Der Antrag auf Aufschiebung kann sich auch auf nur einige der Geschmacksmuster einer Sammelanmeldung beziehen.

15.2. Auswirkungen der Aufschiebung der Bekanntmachung (Art. 50 GGV)

Die Aufschiebung der Bekanntmachung erfolgt für einen Zeitraum von 30 Monaten ab dem Anmeldetag bzw. Prioritätstag. Anträge auf eine kürzere Aufschiebungsfrist werden als solche nicht akzeptiert; sie werden als Anträge auf Aufschiebung um 30 Monate betrachtet.

Nach Eintragung des Geschmacksmusters kann der Inhaber die Bekanntmachung jederzeit vor Ablauf des Zeitraums von 30 Monaten beantragen.

Solange die Bekanntmachung aufgeschoben ist, stehen Dritten im Zusammenhang mit der Eintragung nur begrenzte Informationen zur Verfügung. Zugänglich sind nur Informationen zum Namen des Inhabers, gegebenenfalls zum Namen des Vertreters, zum Anmelde- und Eintragungstag sowie zum Aktenzeichen der Anmeldung. Weder die Wiedergabe des Geschmacksmusters noch die Angabe der Erzeugnisse wird bekannt gemacht.

Dennoch können Dritte Akteneinsicht beantragen, wenn sie vorab die Zustimmung des Anmelders eingeholt haben oder ein rechtliches Interesse nachweisen können (Art. 74 Abs. 1 und 2 GGV). Ein rechtliches Interesse liegt insbesondere dann vor, wenn die interessierte Person nachweist, dass der Inhaber Schritte zur Durchsetzung seines Rechts gegen sie eingeleitet hat.

Der Inhaber des eingetragenen Geschmacksmusters, dessen Bekanntmachung aufgeschoben wurde, kann einen beglaubigten oder unbeglaubigten Auszug der Eintragung erhalten, der die Wiedergabe des Geschmacksmusters oder sonstige Angaben zu seinem Aussehen enthält (Art. 73 Buchstabe b GGDV).

15.3. Antrag auf Bekanntmachung (Art. 15 GGDV)

Spätestens 3 Monate vor Ablauf der Aufschiebungsfrist von 30 Monaten (d. h. spätestens 27 Monate nach dem Anmeldetag oder gegebenenfalls dem Prioritätstag) hat der Anmelder einen Antrag auf Bekanntmachung einzureichen und dabei folgende Formalitäten einzuhalten:

- (a) Entrichtung der Bekanntmachungsgebühr sowie der zusätzlichen Bekanntmachungsgebühren im Falle einer Sammelanmeldung,
- (b) Einreichung einer Wiedergabe des (der) Geschmacksmuster(s), wenn ursprünglich eine Proben eingereicht wurde,
- (c) im Falle einer Sammeleintragung die eindeutige Angabe, welche der Geschmacksmuster bekannt gemacht werden sollen oder auf welche der Geschmacksmuster verzichtet wird, oder, wenn die Aufschiebungsfrist noch nicht abgelaufen ist, für welche Geschmacksmuster die Bekanntmachung weiter aufgeschoben werden soll.

Der Prüfer erinnert den Anmelder oder seinen Vertreter nicht an den Ablauf der Aufschiebungsfrist. Die Wahrung dieser Frist liegt in der Verantwortung des Anmelders oder seines Vertreters. Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen Fälle, in denen in der Anmeldung oder im Anschluss an die Anmeldung ein Prioritätstag in Anspruch genommen wurde, da sich die Aufschiebungsfrist nach dem Prioritätstag berechnet. Aufmerksamkeit ist insbesondere dann geboten, wenn für verschiedene Geschmacksmuster einer Sammelanmeldung verschiedene Prioritätstage in Anspruch genommen wurden. In einem derartigen Fall können für die Geschmacksmuster derselben Sammeleintragung nebeneinander verschiedene Fristen für die Aufschiebung der Bekanntmachung laufen.

Beantragt der Inhaber die Bekanntmachung vor Ablauf der Aufschiebungsfrist von 30 Monaten, so kann er einen Zeitpunkt vorgeben, an dem die Bekanntmachung erfolgen soll. In diesem Fall müssen die Erfordernisse nach Abschnitt 15.3 Buchstabe a bis c (siehe oben) mindestens drei Monate vor dem beantragten Zeitpunkt der Bekanntmachung erfüllt sein. Ist in dem Antrag auf vorgezogene Bekanntmachung kein Zeitpunkt angegeben, müssen die Erfordernisse für die Bekanntmachung zusammen mit dem Antrag erfüllt werden. Die Bekanntmachung erfolgt, so bald dies technisch möglich ist.

15.4. Umgang mit Mängeln (Art. 15 GGDV)

Geht beim Amt vor Ablauf der Aufschiebungsfrist von 30 Monaten kein Antrag auf Bekanntmachung ein, so wird das eingetragene Gemeinschaftsgeschmacksmuster so behandelt, als habe es die in der GGV festgelegten Wirkungen von Anfang an nicht gehabt.

Der Prüfer unterrichtet den Inhaber hierüber nach Ablauf der Aufschiebungsfrist.

Enthält der Antrag auf Bekanntmachung Mängel im Zusammenhang mit einem der oben genannten Erfordernisse, unterrichtet der Prüfer den Inhaber hierüber spätestens zwei Monate vor Ablauf der Aufschiebungsfrist und setzt dem Anmelder eine Frist von zwei Monaten für die Behebung der festgestellten Mängel. Die von dem Prüfer gesetzte Frist überschreitet in keinem Fall die Aufschiebungsfrist von 30 Monaten. Es darf keine Fristverlängerung gewährt werden, die zu einer Überschreitung der Aufschiebungsfrist von 30 Monaten führen könnte.

Enthält der Antrag auf Bekanntmachung Mängel im Zusammenhang mit den oben in Abschnitt 15.3 Buchstabe a genannten Erfordernissen, unterrichtet der Prüfer den Inhaber hierüber und setzt ihm eine Frist gemäß den obigen Vorgaben.

Kommt der Inhaber der Aufforderung zur Zahlung der Gebühren in voller Höhe, einschließlich eventueller Gebühren für verspätete Zahlung, nicht innerhalb der gesetzten Frist nach, teilt der Prüfer dem Inhaber mit, dass für das eingetragene Gemeinschaftsgeschmacksmuster die in der GGV festgelegten Wirkungen als von Anfang an nicht eingetreten gelten.

Dies gilt unabhängig davon, ob es sich bei dem Antrag um einen Antrag auf vorgezogene Bekanntmachung handelte oder nicht.

Bezieht sich der Mangel auf eine Zahlung, die nicht ausreicht, um alle gemäß Abschnitt 15.3 Buchstabe a zu entrichtenden Gebühren sowie die Gebühren für verspätete Zahlung zu decken, gelten bei einer *Sammelanmeldung* für alle zusätzlichen Geschmacksmuster, die durch den gezahlten Betrag nicht gedeckt werden, die in der GGV festgelegten Wirkungen als nicht eingetreten.

Sofern der Inhaber nicht deutlich gemacht hat, welche Geschmacksmuster durch den gezahlten Betrag gedeckt werden sollen (was normalerweise der Fall ist, wenn der Inhaber das Erfordernis gemäß Abschnitt 15.3 Buchstabe c erfüllt hat), richtet sich der Prüfer nach der Reihenfolge der Nummerierung der Geschmacksmuster.

Im Fall eines Antrags auf vorgezogene Bekanntmachung, d.h. eines vor dem 27. Monat der Aufschiebungsfrist eingereichten Antrags auf Bekanntmachung, führt die Nichterfüllung der Formerfordernisse gemäß Abschnitt 15.3 zur Zurückweisung des Antrags. Der Antrag gilt als nicht eingereicht.

Der Inhaber kann jedoch einen weiteren Antrag auf Bekanntmachung einreichen, und zwar spätestens drei Monate vor Ablauf der Aufschiebungsfrist von 30 Monaten.

Bleibt dem Inhaber keine Möglichkeit, seinen Antrag auf Bekanntmachung spätestens drei Monate vor Ablauf der Aufschiebungsfrist von 30 Monaten erneut zu stellen, so wird das eingetragene

Gemeinschaftsgeschmacksmuster so behandelt, als habe es die in der GGV festgelegten Wirkungen von Anfang an nicht gehabt.

15.5. Bekanntmachung nach der Aufschiebung (Art. 16 und 17 GGDV)

Wenn die Mängel behoben wurden oder wenn keine Mängel vorlagen, erfolgt die Bekanntmachung der Eintragung. Die Bekanntmachung kann sich auf Antrag des Inhabers auf einen Teil der Geschmacksmuster einer Sammelanmeldung beziehen. Die Bekanntmachung umfasst gegebenenfalls sowohl den Vermerk, dass eine Aufschiebung beantragt wurde, als auch den Vermerk, dass anfänglich eine Probe eingereicht wurde.

16) BEKANNTMACHUNG (Art. 49 GGV; Art. 14 GGDV)

Sofern eine Anmeldung keinen Antrag auf Aufschiebung der Bekanntmachung enthält, erfolgt die Bekanntmachung unmittelbar nach der Eintragung.

Enthält eine Anmeldung für einen Teil der Geschmacksmuster einer Sammelanmeldung einen Antrag auf Aufschiebung der Bekanntmachung, beschränkt sich die Bekanntmachung auf die nicht von der Aufschiebung der Bekanntmachung betroffenen Geschmacksmuster.

17) EINTRAGUNGSURKUNDE (Art. 17 GGDV)

Nach der Bekanntmachung des eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmusters wird eine Eintragungsurkunde ausgestellt.